



AGF Geschäftsstelle · Ebhardtstraße 3 A · 30159 Hannover

Pandemie-Sonderausschuss des
Niedersächsischen Landtags
per Mail

ArbeitsGemeinschaft
der Familienverbände
in Niedersachsen



Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie
Ebhardtstraße 3A
30159 Hannover
Tel: 0511 - 3604 265



Familienbund der Katholiken e.V.
Kolpingstraße 14
49377 Vechta
Tel: 04441 - 872 203



Föderation türkischer Elternvereine
in Niedersachsen e.V.
Ricklinger Straße 126
30449 Hannover
Tel: 0511 - 56868467



Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.
Amdtstraße 29
49080 Osnabrück
Tel: 0541 - 25584

Hannover, den 03.05.2021

Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns herzlich für die Möglichkeit aus unserer Sicht über die Erfahrungen von Familien und Kindern nach über einem Jahr Pandemie zu berichten. Es ist schon vielfach festgestellt worden, dass diese Krise wie unter einem Brennglas Probleme und Gegensätze verstärkt, die im Kern bereits vorher existierten. Nach dieser langen Zeit können wir die Bereiche, in denen es aus Familiensicht besonders hakt, deutlich erkennen und benennen:

- zu wenig Wertschätzung für die Leistung der Familien

In Zeiten vollständiger oder teilweiser Kita- und Schulschließungen halten die Familien für selbstverständlich gehaltene gesellschaftliche Funktionen wie Bildung, Erziehung und Betreuung sowie hauswirtschaftliche Versorgung von Kindern und Pflegebedürftigen aufrecht. Insbesondere Eltern mit jungen Kindern und Alleinerziehende haben sich bis zur Erschöpfung bemüht und bemühen sich immer noch gleichermaßen den Bedürfnissen der Kinder wie auch den Anforderungen ihres Berufs gerecht zu werden. Diese Leistung wird unserer Ansicht nach weder auf der ideellen noch auf der materiellen Ebene ausreichend gewürdigt. Der Kinderbonus wirkt nur punktuell und nicht nachhaltig. Positiv ist, dass er nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet wird. Wir meinen, dass Eltern, die wegen Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit reduzieren mussten, dafür eine Lohnersatzleistung analog zum Kurzarbeitergeld/Elterngeld bekommen sollten. Ähnliches gilt für Familien, die pflegebedürftige Angehörige betreuen. Auch hier gab und gibt es Einschränkungen bei ambulanten oder auch ehrenamtlichen Unterstützungsdiensten, so dass die Familien mehr auf sich selbst gestellt sind.

- zu wenig Blick für die besonderen Belastungssituationen in Familien

Zeitgleich fehlen Anregung und Zuspruch von außen. Familien haben häufig rückgemeldet, dass sie sich in ihrer besonderen Belastungssituation, mit ihren Sorgen und Nöten nicht gesehen fühlen. Jugendhilfe ist systemrelevant! Es wurde von Familien nicht nur vereinzelt berichtet, dass sie über Wochen keinerlei Kontakt zu Kita oder Schule (außer Arbeitsanweisungen) hatten. Familien mit sozialpädagogischer Familienhilfe dürfen erst recht nicht sich selbst überlassen werden. In manchen Familien liegen die Nerven so blank, dass der Druck in häusliche Gewalt umschlägt. Die Zunahme von häuslicher Gewalt gegen Frauen / Mütter ist an der steigenden Zahl von Gewaltschutzmaßnahmen der Gerichte sichtbar.

So etwas darf sich nicht wiederholen! Es braucht Pandemiepläne, die mit Spielraum vorgeben, wie mit solchen Situationen umzugehen ist. Kontaktaufnahme per Telefon oder mit Distanz ist fast immer möglich.

Ferner ist es notwendig, den gesamten Jugendhilfebereich stärker präventiv auszurichten. Das würde bedeuten, insbesondere auf der kommunalen Ebene von den Hilfen zur Erziehung verstärkt in Richtung der Maßnahmen zur Förderung der Erziehung in der Familie nach §16 SGB VIII umzusteuern.

- Kinder- und Familienarmut sind in Niedersachsen schon vor Corona deutlich gestiegen, s. auch Pressemitteilung von 01.21 im Anhang

Wir erwarten eine deutliche Zunahme bei Kinder- und Familienarmut, wenn in den nächsten Monaten die ersten Sozialdaten für 2020 veröffentlicht werden. Bereits im April/Mai 2020 gaben in der KiCo-Studie über 30 % der Eltern an, mehr finanzielle Sorgen als vorher zu haben. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind deutlich gestiegen, erstere besonders in Berufen und Branchen mit vielen prekär Beschäftigten. Die Zahl der Familien, die den Kinderzuschlag beziehen, hat sich bereits drastisch erhöht (März 2020 376.000 Kinder bundesweit, Januar 2021 708.000, Quelle: Heute im Bundestag 09.03.21). Das Land beginge aus unserer Sicht einen großen Fehler, wenn die vielen sozialen Initiativen, die zum großen Teil auch Familien fördern und unterstützen und aus freiwilligen Leistungen des MS finanziert werden, in den folgenden Jahren einer rigiden Sparpolitik zum Opfer fielen. Diese kleinräumigen Unterstützungsnetze sind schnell zerrissen, aber schwer wieder zu knüpfen. Beratungsstellen, Familienbildung und -erholung müssen dauerhaft auskömmlich finanziert werden! Hier geht es nicht nur um finanzielle Hilfen, sondern auch um Heilung der Spuren, die die langandauernde soziale Verarmung hinterlässt.

Grundsätzlich ist das soziale Netz für Familien bereits vor der Pandemie undurchsichtig und kompliziert gewesen. Die Pandemie ist zusätzlich sozial selektiv. Viele Familien, die es schon vor der Pandemie schwer hatten, wie zum Beispiel Familien mit Migrationsgeschichte, Alleinerziehende und sozial benachteiligte Familien, werden tendenziell noch stärker belastet und laufen Gefahr abgehängt zu werden. Wir plädieren sehr dafür, mittelfristig eine einkommensabhängige Grundsicherung für Kinder einzuführen, die den Eltern den bürokratischen Aufwand für eine notwendige Unterstützung minimiert.

- Missachtung der Kinderrechte

Statt als Träger individueller Rechte auf Bildung, gesundes Aufwachsen und altersgemäße Teilhabe wurden Kinder zeitweise überwiegend aus der Perspektive der möglichen Infektionsquelle für Erwachsene betrachtet. Das wird der Bedeutung von kindlicher Entwicklung für die Zukunft einer Gesellschaft nicht gerecht. Durch die soziale Isolation leiden Kinder und Jugendliche besonders. Sie sind zum Lernen und für eine gesunde Entwicklung auf Kontakt und Austausch mit Gleichaltrigen angewiesen. Bereits jetzt nimmt die Zahl von verhaltensauffälligen Kindern zu. Es ist bedrückend, wenn Kinder sich in sich selbst zurückziehen und in depressive Verhaltensweisen abrutschen. Wir befürchten hier langfristige Folgen jenseits von Long Covid.

- Kein Impfstoff rechtzeitig für Kinder zugelassen

Soweit wir wissen, ist die Rolle von Kindern im Infektionsgeschehen nach wie vor umstritten. Dennoch halten wir es für einen Fehler sich nicht frühzeitig um Impfstoffe für Kinder gekümmert zu haben. Auch wenn für Kinder generell das Risiko einer schweren Erkrankung niedrig ist, sind Kinder mit Vorerkrankungen oder Behinderungen Risikopatienten, die geschützt werden müssen. Auch das Infektionsrisiko für Tagespflegepersonen, Erzieher*innen, Lehrkräfte und Eltern ließe sich so reduzieren.

- Arbeitgeber zu restriktiv gegenüber Homeoffice-Regelungen

Es wird berichtet, dass deutlich weniger Arbeitnehmer*innen im Homeoffice arbeiten dürfen als theoretisch möglich wäre. Das spricht für eine sehr kontrollorientierte Haltung vieler Arbeitgeber, die wir für nicht mehr zeitgemäß halten. Insbesondere unter familienpolitischen Aspekten sollte sich Arbeitsleistung am Ergebnis messen lassen und nicht an im Büro abgesehenen Stunden. Wir hören allerdings aus ländlichen Regionen mit schlechter Internetversorgung, dass dort Arbeiten im Homeoffice aus technischen Gründen nicht möglich sei. Hier fällt uns der verzögerte Ausbau auf die Füße.

- Rückstände bei der Digitalisierung in Schulen: digitale Bildung ist besser als gar keine!

s. o. Impfstoff. Selbstverständlich kann digitale Bildung keinen Präsenzunterricht ersetzen. Dennoch lernen Kinder mit Sicherheit zurzeit sehr viel: nicht unbedingt alles, was auf dem Lehrplan steht, aber das Zurechtkommen mit ungewohnten Situationen und Arbeitsmitteln, Selbstorganisation sowie den Umgang mit Krisen und den eigenen Bedürfnissen. Zumindest für ältere Kinder und Jugendliche kann dies sogar einen erleichterten Übergang in Ausbildung oder Studium bedeuten, da die Digitalisierung in der Arbeitswelt deutlich weiter fortgeschritten ist. Hier gibt es großen Nachholbedarf bei Lehrkräften, technischer Ausstattung und Instandhaltung der Systeme. Es hat unsäglich lange gedauert hat, bis jedes Jobcenter anerkannt hat, dass digitale Endgeräte in der Pandemie einen unabweisbaren Bedarf für Schulkinder darstellen! Wir unterstützen nachdrücklich die Initiative der Bundesfamilienministerin einer Lernstandsermittlung mit gezielter Förderung für Schülerinnen und Schüler, bei denen Defizite festgestellt werden. Es ist hinlänglich bekannt, dass das deutsche Bildungswesen zu wenig in der Lage ist, den Einfluss der sozialen Herkunft auf die Bildungsverläufe auszugleichen. Es muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass die Folgen der Pandemie hier nicht zu Rückschritten und damit zu einer weiteren sozialen Polarisierung führen.

Für Nachfragen stehen wir immer gerne zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen

gez. Seyhan Öztürk
Vorsitzende